



Pressemitteilung
Brüssel, 01. Juli 2008

Zur Veröffentlichung des Entwurfs der Kommission zur Antidiskriminierung

Lissy Gröner: "EU- Antidiskriminierung abgeschwächt auf Massengeschäfte, aber Rechte von Lesben und Schwulen gestärkt"

"Dank der breiten Flankierung des Europäischen Parlaments für eine umfassende Antidiskriminierungsrichtlinie ist im Entwurf der Kommission der Rechtsschutz aus Gründen der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, des Alter und der sexuellen Orientierung abgedeckt", so Lissy Gröner. "Die Panikmacher aus den Reihen der CDU/CSU, der FDP und Teilen der Wirtschaft konnten nicht verhindern, dass nun weitere Lücken im Diskriminierungsschutz geschlossen werden."

Die fast zeitgleich veröffentlichte Studie der Europäischen Agentur für Grundrechte über Homophobie und Diskriminierung untermauert die gravierenden Mängel und Unterschiede in den 27 Mitgliedsstaaten besonders bei der rechtlichen Gleichbehandlung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen (LGBT).

"Insbesondere bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften besteht weiterhin Handlungsbedarf z.B. im Beamtenrecht und Erbrecht und auch das deutsche Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bleibt hinter EU- Recht zurück. Im Laufe der parlamentarischen Beratungen müssen wir einzelne Knackpunkte noch konkretisieren. Will man nur Massengeschäfte erreichen und im Privatrecht weiter diskriminieren und sollen Verbände nicht Klagen dürfen? Sind Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts durch bestehendes Recht abgedeckt und Mehrfachdiskriminierungen von Frauen ausreichend angesprochen?" hinterfragt Lissy Gröner den Entwurf.

Gröner: "Ich zähle jetzt auf eine starke Unterstützung von den Betroffenen, um das Profil der Antidiskriminierungsrichtlinie noch zu schärfen. Wer jetzt schweigt, stützt die "Diskriminierungsbefürworter" aus Wirtschaft und aus den Reihen von CDU/CSU und der FDP."

Ein Machtwort der Kanzlerin Merkel für die Diskriminierten sei kaum zu erwarten und auch die arg in der Kritik geratene Leiterin der Berliner Antidiskriminierungsstelle, Martina Köppen, vertrete eher die Gegner einer starken EU-Antidiskriminierungsrichtlinie, konstatiert die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPE- Fraktion und Vize-Präsidentin der Gay and Lesbian Intergroup, Lissy Gröner.

Hintergrund:

Die Studie der Europäischen Agentur für Grundrechte finden Sie unter:
http://fra.europa.eu/fra/material/pub/comparativestudy/FRA_hdgso_part1_en.pdf

Weitere Informationen zum Thema im Büro Lissy Gröner: Tel: 0032 2 2845412